

NATASCHA MÜLLER

MENSCHEN- RECHTE UND ANTI- SEMITISMUS

DIE TRANSNATIONALE BDS-KAMPAGNE
GEGEN ISRAEL

Aus:

Natascha Müller

Menschenrechte und Antisemitismus

Die transnationale BDS-Kampagne gegen Israel

Mai 2022, 308 S., kart., 7 SW-Abb.

45,00 € (DE), 978-3-8376-6216-0

E-Book:

PDF: 44,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-6216-4

Die Sichtbarkeit der globalen »Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen«-Kampagne (BDS) gegen Israel nimmt weltweit zu. Unter Berufung auf die universalen Menschenrechte fordern BDS-Akteure einen umfassenden Boycott des jüdischen Staats. Gleichzeitig wird die Bewegung oft als antisemitisch klassifiziert, was zu der Frage führt: Können Antisemitismen auch im Namen der Menschenrechte formuliert werden? Natascha Müller nimmt sich diesem Komplex an und untersucht, wie »menschenrechtsorientierte Antisemitismen« weltweit für den BDS-Diskurs mobilisieren. Durch die Entwicklung eines innovativen Theoriemodells gelingt ihr eine differenzierte Beurteilung der BDS-Akteure und ihrer Forderungen.

Natascha Müller promovierte an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Antisemitismus- und Rassismusforschung, Gesellschaftstheorie, Sozialpsychologie sowie jüdische Geschichte.

Weitere Informationen und Bestellung unter:
www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6216-0

Inhalt

1	Menschenrechte und Antisemitismus	
	Die transnationale Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktionen-Kampagne gegen Israel (BDS)	11
1.1	Der Forschungskontext	11
1.2	Die Problematisierung des Gegenstandes.	
	Die Genese der transnationalen Palästinasolidaritätsbewegung	14
1.2.1	Der palästinensische Aufruf zum Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel. Kontext und Entstehung der Bewegung	15
1.2.2	BDS – Forderungen und Ziele	16
1.2.3	BDS als Transnationalisierungsstrategie: Organisationsstruktur und Mobilisierungserfolge	18
1.2.4	Die Reichweite des Boykotts: Widersprüche, Ambivalenzen und Mehrdeutigkeiten	19
1.3	Die ambivalente Gleichzeitigkeit von antisemitischen Menschenrechtsforderungen: das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit	21
1.3.1	Eine poststrukturalistische Perspektive auf die Deutungsarbeit sozialer Bewegungen: hegemoniale Projekte, soziale Fantasien und die Einheit der Paradoxie	25
1.4	Poststrukturalistische Operationalisierung: Forschungsfrage und Methoden	29
1.4.1	Triangulation durch Genealogie, politische Strategiemanalyse und Logiken der kritischen Erklärung	31
1.4.2	Samplingstrategie und Datenauswahl	32
1.5	Struktur der Studie	33
2	Das theoretische Problem	37
2.1	Die paradoxe Gleichzeitigkeit menschenrechtsorientierter Antisemitismen als Leerstellen dominanter Ansätze der politischen Soziologie	37
2.1.1	Zur Funktion von Menschenrechten für die Mobilisierung und Legitimation von Forderungen sozialer Bewegungen: die paradigmatischen Ansätze der sozialen Bewegungsforschung	38

2.1.2	Die Rolle von Subjekten als Objekten von und Akteuren in den kulturellen Aneignungs- und Konstruktionsprozessen des Menschenrechtsdiskurses. Ansätze der soziologischen Menschenrechtsforschung	42
2.1.3	Die Entkopplung von Antisemitismusforschung und Soziologie: die Erklärungsdefizite der Antisemitismusforschung	46
2.1.4	Poststrukturalistische Perspektiven in der sozialen Bewegungs-, Menschenrechts- und Antisemitismusforschung: zur sinnstiftenden Einheit ambivalenter Diskurse	52

3 Die konzeptuelle Blickverschiebung

	Poststrukturalistische Hegemonietheorie, soziale Fantasien und das Handeln sozialer Bewegungen	55
3.1	Einleitung: der Mehrwert poststrukturalistischer Theorien für die Analyse antisemitischer Menschenrechtsdiskurse sozialer Bewegungen	55
3.2	Postfundationalismus und Ontologie: theoretische Grundannahmen	58
3.2.1	»Sozialtheorie als Diskurstheorie«. Gesellschaft als Ausdruck von Diskursen	62
3.3	Macht als Mittel der Erzeugung gesellschaftlicher Wirklichkeit: soziale Bewegungen im Kampf um Hegemonie	66
3.3.1	Hegemonie, Antagonismus, leerer Signifikant	67
3.3.2	Ontologischer und ontischer Antagonismus	68
3.3.3	Der leere Signifikant als Hegemonialisierungslogik partikularer Diskurse	73
3.4	Das politische Subjekt der Hegemonie: zur Rolle der Fantasie	79
3.4.1	Subjektpositionen	80
3.4.2	Das politische Subjekt	81
3.4.3	Zur Funktionsweise sozialer Fantasien	84
3.5	Der Übergang zwischen Gesellschafts- und Sozialtheorie mit der Empirie. Zur poststrukturalistischen Triangulation der Hegemonietheorie	90
3.6	Menschenrechte als Universalisierungslogik partikularer Diskurse: eine hegemonietheoretische Perspektive	92
3.6.1	Der demokratische Horizont – Freiheit und Gleichheit der Menschenrechte als Hegemonialisierungsprinzip gegenhegemonialer Diskursprojekte	93
3.6.2	Die deontische Logik der Selbstbestimmung – oder warum Selbstbestimmungsrechte Menschenrechte garantieren können	101
3.7	Antisemitismen als Stabilisierungsfaktor politischer Diskurse. Eine hegemonietheoretische Perspektive	105
3.7.1	Die Bedeutungsfixierung durch soziale Fantasie: Antisemitismen als Vektor politischer Diskurse	107
3.7.2	»Jüdische« Allmacht und Weltverschwörung	112

3.7.3	Konkrete »Gemeinschaft« und »jüdische Gesellschaft«	113
3.7.4	»Jüdische« Amoralität und Grausamkeit	114
3.7.5	Der Zionismus als negativer leerer Signifikant: die komplexitätsreduzierende Funktion antisemitischer Diskurse über den Nahostkonflikt	115
3.8	Auf dem Weg zur Operationalisierung: Hegemonie, Fantasie, Menschenrechte und Antisemitismen	121
4	Reflexionen zur Operationalisierung poststrukturalistischer Methodologie	131
4.1	Plausibilität als Objektivität: poststrukturalistische Forschung und Methodologie	132
4.1.1	Die retroduktive Erklärung als Prinzip poststrukturalistischer Erkenntnisgenerierung	133
4.1.2	Multiperspektivität als Validität: Triangulation durch Genealogie, Strategemanalyse und die Rekonstruktion narrativer Muster	134
4.1.3	Genealogie: die Analyse der sozialen Logik des Nahostkonflikts	135
4.1.4	Strategemanalyse: die Analyse der politischen Logik des palästinasolidarischen Diskurses	137
4.1.5	Narrative Muster: die Analyse der phantasmatischen Logik des palästinasolidarischen Diskurses	140
4.2	Externe Validität durch empirische Fallstudien	142
4.2.1	Fallauswahl.....	143
4.2.2	Datenauswahl	148
4.3	Wissenschaftlicher Konsens als Reliabilität	149
4.4	Schlussbetrachtung	150
5	Ergebnisse der empirischen Fallstudie	151
	Die Gleichzeitigkeit von Antisemitismen und Menschenrechtsnarrativen	151
5.1	Der Nahostkonflikt als Konflikt um territoriale Ansprüche: die soziale Logik des israelisch-palästinensischen Diskurses	153
5.1.1	Der Kontext: die politische Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinenser/-innen als Territorialkonflikt	154
5.1.2	Der Zionismus: Entstehung, Konzepte und Akteure.....	156
5.1.3	Die geplante Migration nach Palästina und die konfliktreiche Geschichte arabisch-jüdischen Zusammenlebens.....	158
5.1.4	Das israelische Selbstverständnis als jüdischer und demokratischer Staat ...	160
5.1.5	Das palästinensische Flüchtlingsproblem.....	163
5.1.6	Die besetzten Gebiete und der Bau der israelische Sperranlagen	167
5.1.7	Die israelische Sperranlage	169
5.1.8	Der Gazastreifen nach 2005	170
5.1.9	Der israelische Siedlungsbau	171
5.2	Schlussbetrachtung: die soziale Logik des Nahostkonflikts.....	172

5.3	Zum Verhältnis von palästinensischem und israelischem Recht auf universale Selbstbestimmung: die politische Logik des Diskurses	175
5.3.1	»For us, Zionism is not a national liberation movement but a colonial movement«: der »Zionismus« als symbolischer Inbegriff des Mangels am Allgemeinen (Strategem IV)	177
5.3.2	»The Palestinian struggle is, at its core, a basic human instinct and drive for self-determination«: das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen »Volks« als symbolisches Äquivalent des imaginären Allgemeinen (Strategem III)	182
5.3.3	»These are three basic rights without which the Palestinian people cannot exercise its inalienable right to self-determination.« Die Konstruktion des palästinensischen »Volks« (Strategem I und II)	184
5.3.4	»Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürger/-innen Israels auf völlige Gleichheit« – die Zielforderung nach rechtlicher Gleichstellung der Palästinenser/-innen und die Elemente ihrer Blockade	187
5.3.5	Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren. Die Zielforderung nach einem Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge	192
5.3.6	»Ending its occupation and colonization of all Arab lands and dismantling the Wall« – die Zielforderung der hegemonial-offensiven Strategie und die Elemente ihrer Blockade durch das »zionistische Regime«	197
5.3.7	Zusammenspiel der Strategeme: die politischen Zielforderungen des Hegemonieprojekts und die antagonistischen Elemente ihrer Blockade ...	202
5.3.8	»A progressive, antiracist sophisticated, sustainable, moral, and effective form of civil nonviolent resistance«. Die Mittelforderung nach Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen	203
5.4	Schlussbetrachtung: die politische Logik des BDS-Diskurses	208
5.5	Eine Welt von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für das palästinensische Volk: zur phantasmatischen Logik des Diskurses	212
5.5.1	Die grauenvolle Dimension der Fantasie: der jüdische Staat als Dieb der Jouissance	214
5.5.2	Zusammenfassung: der »jüdische« Plot als grauenvolle Dimension der Fantasie des Hegemonieprojekts	229
5.5.3	Die glückseligmachende Dimension der Fantasie: Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit als Gesellschaftsutopie des Menschenrechtsprojekts der Palästinasolidarität	230
5.6	Zusammenfassung: universale Menschenrechte als glückseligmachende Dimension der Fantasie	241
5.7	Schlussbetrachtung: die phantasmatische Logik des BDS-Diskurses	243

6	Protoerklärung	
	Zur Einheit der Paradoxie	247
6.1	Empirische und theoretische Ergebnisse: Hegemonie, soziale Fantasie und die Einheit der Paradoxie	248
6.2	Zur poststrukturalistischen Anschlussfähigkeit der Ergebnisse: theoretische Implikationen und empirische Konsequenzen für Forschung und Praxis	257
6.3	Praktische Konsequenzen: zum politischen und gesellschaftlichen Umgang mit der BDS-Kampagne	263
	Literatur- und Quellenverzeichnis	269
	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	305

1 Menschenrechte und Antisemitismus

Die transnationale Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktionen-Kampagne gegen Israel (BDS)

1.1 Der Forschungskontext

The BDS movement stands for freedom, justice and equality. Anchored in the Universal Declaration of Human Rights, the BDS movement, led by the Palestinian BDS National Committee, is inclusive and categorically opposes as a matter of principle all forms of racism, including Islamophobia and anti-semitism. (BDS o.D.a)

We quickly realized that the delegitimization of Israel is fundamentally about challenging Israel's very existence, and not about correcting its policies, and does not emanate from liberal humanistic values but instead represents a modern-day version of anti-Semitism, directed against the nationhood of Jews. (The Reut Institute 2015)

So paradox die beiden Zitate zunächst nebeneinanderstehen, so signifikant bilden sie die beiden unvereinbaren Pole des medialen, politischen und öffentlichen Diskurses zwischen Befürworter/-innen und Kritiker/-innen der global diffundierenden Palästinasolidaritätsbewegung seit ihrem Aufkommen ab. Nach dem sogenannten Call von 171 palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen¹ an die internationale Gemeinschaft im Jahr 2005 hat die globale Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktionen-Kampagne gegen Israel (BDS) international an erhebli-

¹ Die Klassifikation als »zivilgesellschaftliche Organisation« ist eine Selbstbezeichnung der BDS-Kampagne. Unter den insgesamt 171 Gruppierungen, die den Aufruf zum internationalen Israelboykott unterzeichnet haben, befinden sich auch parteipolitische Verbände, die in der EU, den USA oder Kanada als Terrororganisation gelistet sind. So ist der Erstunterzeichner des Aufrufs etwa die Koalition der »Palestinian National and Islamic Forces«, zu deren Mitgliedern die Hamas, der Islamische Dschihad (PIJ), die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) oder die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) gehören.

chem Einfluss auf die Wahrnehmung des Nahostkonflikts genommen. Vor allem seit dem Gazakrieg 2008/09 (McMahon 2014; Omer 2009; Dart 2015; Bakan/Abu Laban 2009) ist die Boykottbewegung trotz ihrer marginalen Auswirkungen auf die israelische Wirtschaft ein machtvoller Akteur im Israel-Palästina-Konflikt. Weltweit fordern zahlreiche Unterstützer/-innen, darunter auch prominente Persönlichkeiten wie der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu oder der ehemalige Pink-Floyd-Frontsänger Roger Waters, renommierte Wissenschaftler/-innen wie die Philosophin Judith Butler, der Historiker Ilan Pappé oder der Völkerrechtler Richard Falk, einen umfassenden wirtschaftlichen, politischen, akademischen und kulturellen Boykott des jüdischen Staats im Namen der universalen Menschenrechte im Sinne der internationalen Solidarität, moralischer Standfestigkeit und im Kampf für Gerechtigkeit und Frieden (BDS 2005). Doch der menschenrechtsorientierte Solidaritätsaktivismus für Palästinenser/-innen ist umstritten. Die Legitimität des humanitären Protestnarrativs wird durch israelische Gegenkampagnen,² prozionistische Gruppierungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs)³ angegriffen, die den durch Boykott verursachten wirtschaftlichen Schaden für die Palästinenser/-innen selbst betonen, die eine Isolation des jüdischen Staats durch BDS als Hindernis für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts betrachten und in dem Aufruf zum akademischen Boykott einen Widerspruch zu den Normen des akademischen Friedens sehen. Auch der Bewegungsdiskurs selbst ist kontradiktorisch. Irritiert werden die Forderungen nach Rechten für Palästinenser/-innen durch ihre Anschlussfähigkeit für antizionistische Antisemitismen (Omer 2009; Fishman 2012), die, an Kübler und Falter anschließend, in einer »scheinbar paradoxe[n] Situation« (2010, 451) münden: Vermeintlich menschenrechtsorientierte Argumente transformieren sich in einem kosmopolitischen Umfeld zu antisemitischen Manifestationen (ebd.).

Diese scheinbar paradoxe Situation ist in der Forschung über die transnationale Palästinasolidaritätsbewegung⁴ (fortan TPSB) bislang unaufgelöst. Zwar herrscht in der disziplinübergreifenden Literatur (Bröning 2011; Norman 2011;

2 Beispielsweise klärt die Öffentlichkeitsarbeit der israelischen Regierung im Ausland, Hasbara, über den ambivalenten Charakter der BDS-Kampagne auf.

3 Hierzu zählen etwa die Anti-Defamation League, The Jewish Agency oder die World Zionist Organisation, The Israel Project, StandWithUs u.v.m.

4 Unter dem Begriff der transnationalen Palästinasolidarität wird in dieser Arbeit eine Vielzahl von Gruppierungen – wie Gewerkschaften, Kirchenverbände, NGOs, soziale Bewegungen, islamistische Terrororganisationen u.v.m. – sowie einzelnen Individuen – wie Politiker, Prominente, Professor/-innen, Publizist/-innen usw. – subsumiert, die den »BDS-Call« an die internationale Zivilgesellschaft von 2005 unterzeichnet oder sich öffentlich zu BDS bekannt haben. Eine Liste der Erstunterzeichner/-innen des BDS-Calls ist unter <https://bdsmovement.net/call> einsehbar. Der Begriff »transnational« rekurriert dabei auf Akteure, die die Grenzen des Nationalen überschreiten. Synonym spreche ich auch von der BDS-Kampagne.

Seidel 2011; Carter Hallward 2013; Jamjoum 2011; Schmidt 2012) über den transnationalen Palästinaaktivismus Einigkeit darüber, dass sich eine veränderte Deutung des israelisch-palästinensischen Konflikts über den »globalen Bezugshorizont« (Pfaff-Czarnecka 2007, 271) der universalen Menschenrechte durch die TPSB etabliert hat. Wie sich die universale Sprache der Menschenrechte, in der Israel u.a. mit dem südafrikanischen Apartheidsystem gleichgesetzt wird, im kulturellen Kontext des Israel-Palästina-Konflikts mit antizionistischen Antisemitismen diskursiv amalgamieren kann, bleibt jedoch hinter dem Fokus auf die legitimierende (Barghouti 2011; Bakan/Abu Laban 2009; Hijab 2009) oder delegitimierende (Curtis 2012; Fishman 2012; Poller 2012; Cohen 2007) Bewertung der menschenrechtsorientierten Interpretation des Konflikts zurück, ohne dabei kritische Befunde der Menschenrechts- oder Antisemitismusforschung zu integrieren. Wieso bezieht sich die Kampagne gerade auf die universalen Menschenrechte als Deutungshorizont des Israel-Palästina-Konflikts? Wann werden Menschenrechtsforderungen in dem kontingenten Kontext des Nahostkonflikts für antisemitische Narrative anschlussfähig? Und warum solidarisieren sich weltweit Subjekte mit dem Protestanliegen, obgleich es mit Antisemitismen assoziiert wird?

Die soziologische Menschenrechtsforschung geht von einem wachsenden Einfluss humanitärer Normen im internationalen Rahmen aus (Benhabib 2016; Habermas 1998; Held 1995) und untersucht im Feld sozialer Bewegungen, wie universale Menschenrechtsdiskurse von lokalen Akteuren adaptiert und reartikuliert werden, um politischen Widerstand zu organisieren (De Sousa Santos 2008; ders./Rodriguez-Garavito 2005; Baxi 2002). Humanitäre Forderungen nach Menschenrechten werden demzufolge als Mobilisierungsfaktor für partikulare Protestdiskurse bewertet und zugleich als diskursive Aushandlungsprozesse zwischen universalen Normen und lokaler Anpassung gedeutet. Was ereignet sich dabei im Prozess der ergebnisoffenen diskursiven Adaption universalen Menschenrechte im partikularen Kontext des Israel-Palästina-Konflikts? Eine erste Annäherung an diese Frage liefern kritische Menschenrechtsforscher/-innen, die das Verschwinden der israelischen Konfliktperspektive durch das humanitäre Framing des Nahostkonflikts als Konflikt um palästinensische Menschenrechte (Omer 2009; Landy 2013) betonen. Hinter dem positiv besetzten Postulat universalen Menschenrechte für Palästinenser/-innen können im kulturellen Kontext des Nahostkonflikts demzufolge Ausschlüsse produziert werden, die zwischen den legitimen Forderungen nach Rechten für Palästinenser/-innen einerseits und der unsichtbar bleibenden israelischen Perspektive, ihren Forderungen, Interessen und Zielen andererseits differenzieren.

Die sozialwissenschaftliche Antisemitismusforschung dockt genau an dieser Schnittstelle an und konkretisiert, wann eine Exklusion der israelischen Perspektive im Kontext des Israel-Palästina-Konflikts zu der Reproduktion von antiisraelischen Antisemitismen führt. Unter antiisraelischen Antisemitismen versteht die

Forschung dabei Artikulationsweisen, die sich gegen das Recht auf Sicherheit und Existenz eines jüdischen Staats im Nahen Osten richten und diesen als »Symbol jüdischen Lebens« (Schwarz-Friesel/Reinharz 2013, 194) diffamieren (Klug 2003; Rabinovici/Speck/Sznaider 2006). Antiisraelische Antisemitismen gehen demzufolge über eine bloße Kritik an einzelnen Handlungen des jüdischen Staats hinaus.

Die These, dass sich in der vermeintlich progressiven Deutung des Nahostkonflikts als Konflikt um die Geltungswirksamkeit universaler Menschenrechte für Palästinenser/-innen Kommunikationen eines auf Israel bezogenen Antisemitismus verbergen können, bildet demzufolge den Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit. Ihr übergeordnetes Ziel ist es, die anfangs zitierte »paradoxe Situation« einer widersprüchlichen Gleichzeitigkeit menschenrechtsorientierter Antisemitismen einerseits im empirischen Feld des transnationalen Palästinasolidaritätsaktivismus aufzulösen. Andererseits sollen die bislang getrennt voneinander diskutierten Forschungsfelder der Menschenrechts-, Antisemitismus- und poststrukturalistisch inspirierten Bewegungsforschung in eine kritische politisch-soziologische Perspektive überführt werden, mit der Heterogenitäten, Paradoxien und Ambiguitäten in kulturellen Deutungskämpfen fokussiert werden können. Die folgenden Abschnitte konkretisieren das übergeordnete Ziel dieser Arbeit.

1.2 Die Problematisierung des Gegenstandes. Die Genese der transnationalen Palästinasolidaritätsbewegung

Die vorliegende Arbeit positioniert sich im Feld der modernen politischen Soziologie, die seit den 1980er-Jahren von poststrukturalistischen Perspektiven angeregt wurde (Hicks/Janoski/Schwartz 2015, 1). Diese poststrukturalistisch inspirierten Perspektiven gehen in jüngster Zeit, vor allem in der englischsprachigen Literatur, mit einem Typus *problemorientierter* Forschung⁵ (»problem-driven research«) (Howarth 2005; Glynos/Howarth 2007; Howarth/Griggs 2012) einher, deren Forschungspraxis weder theorie- noch methoden-, sondern problemgeleitet vorgeht. Damit wird eine Art von Forschung stark gemacht, die, ausgehend von einem konstruierten⁶, fokussierten Gegenstand, theoretische Modelle, analytische Konzepte und die empirische Fallstudie miteinander in Beziehung setzt (Münch 2016, 70). Den Ausgangspunkt problemorientierter Forschungspraxis bildet dabei ein »set of pressing political and ethical problems in the present« (Howarth 2005, 318).

5 Exemplarisch für den Typus problemorientierter Forschung ist Foucaults Studie über Sexualität und Wahrheit (1986). Hierzu ausführlich Glynos und Howarth (2007, 44ff.).

6 Der Verweis auf die Konstruktion des fokussierten Gegenstands wird in Kapitel 4 näher beschrieben. In einer ersten Annäherung ist damit gemeint, dass die Untersuchungsgegenstände nicht objektiv vorhanden, sondern immer Ergebnis sozialer Konstruktion sind.

Die Genese der transnationalen Palästinasolidaritätsbewegung, ihre spezifische Forderungsstruktur und Proteststrategie ebenso wie damit einhergehenden Kontradiktionen werden im Folgenden als ein solches irritierendes Set von Problemen dargestellt, das die im letzten Abschnitt formulierte »paradoxe Situation« einer widersprüchlichen Gleichzeitigkeit menschenrechtsorientierter Antisemitismen im empirischen Feld des transnationalen Palästinasolidaritätsaktivismus abbildet. Von diesem irritierenden Ausgangspunkt ausgehend, wird das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit formuliert.

1.2.1 Der palästinensische Aufruf zum Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel. Kontext und Entstehung der Bewegung

Die Entstehung der transnationalen Palästinasolidaritätskampagne wird in der Forschung auf unterschiedliche historische Vorbedingungen zurückgeführt.⁷ Konsens herrscht jedoch darüber, dass das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) über den Bau der israelischen Sperranlage zentral für die Konstitution der TPSB war. Am ersten Jahrestag des IGH-Gutachtens,⁸ am 9. Juli 2005, veröffentlichten Organisationen, Gruppierungen und Koalitionen von Palästinenser/-innen in den besetzten Gebieten, in Israel und der Diaspora, den als Gründungsmanifest der Bewegungen geltenden palästinensischen Aufruf zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (fortan: BDS-Call) gegen Israel (Jamjoum 2011, 140; Ananth 2013). Durch den akademischen, kulturellen und ökonomischen Boykott soll Israel auf verschiedenen Ebenen international isoliert werden; Desinvestitionen zielen darauf ab, ökonomischen Druck auf Unternehmen auszuüben, die von der »Besatzung, Kolonisierung und den Apartheidstrukturen in Israel/Palästina profitieren« (BDS Palästina o.D.). Sanktionen sind mit der Absicht verbunden, Israel zu zwingen, dem »internationalen Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte« nachzukommen (ebd). Politische und wirtschaftliche Boykottaufrufe gegenüber dem jüdischen Staat stellen dabei keine Innovation im arabisch-palästinensischen Kampf gegen Israel dar (Bröning 2011; Jamjoum 2011). So richteten sich arabische Boykottinitiativen bereits vor der Gründung des israelischen Staates gegen die jüdische Migration nach Palästina und gehören seit 1948

7 Hierzu siehe beispielsweise Hallward/Shaver 2012, 396, Jamjoum 2011, 138, Bakan und Abu Laban 2009, 47.

8 Der internationale Gerichtshof (IGH) warf der israelischen Besatzung in einem Rechtsgutachten 2004 Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch den Bau der Sperranlage im Westjordanland vor (International Court of Justice 2004, Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory, Advisory Opinion).

zur »offiziellen Politik« der Arabischen Liga⁹ (Becker 2016, 20). Der durch den BDS-Call initiierte, weltweit agierende Boykottaktivismus gegen Israel wird demzufolge auch als eine Form des zweiten Generationenboykotts (Bröning 2011, 142) klassifiziert. Dieser zweite Generationenboykott ist dabei durch politische Forderung nach Rechten, durch einen politischen Repräsentationsanspruch gegenüber allen Palästinenser/-innen sowie eine Transnationalisierungsstrategie charakterisiert (ebd.; Jamjoum 2011; Ananth 2013). Ich stelle diese drei Merkmale im Folgenden nacheinander vor.

1.2.2 BDS – Forderungen und Ziele

Die transnationale Palästinasolidaritätskampagne bezeichnet ihren Ansatz als »rights-based-approach« und grenzt ihn scharf von einem »solution-based-approach« ab (Barghouti 2009). Anstelle eines politischen Programms zur diplomatischen Lösung des israelisch-palästinensischen Antagonismus fordert die Kampagne die Durchsetzung *dreier* irreduzibler Rechte für das palästinensische ›Volk‹¹⁰ durch die Umsetzung eines allumfassenden Boykotts. Im internationalen Aufruf zu BDS heißt es diesbezüglich:

We, representatives of Palestinian civil society, call upon international civil society organizations and people of conscience all over the world to impose broad boycotts and implement divestment initiatives against Israel similar to those applied to South Africa in the apartheid era. [...] These non-violent punitive measures should be maintained until Israel meets its obligation to recognize the Palestinian people's inalienable right to self-determination and fully complies with the precepts of international law by:

1. Ending its occupation and colonization of all Arab lands and dismantling the Wall;
2. Recognizing the fundamental rights of the Arab-Palestinian citizens of Israel to full equality; and
3. Respecting, protecting and promoting the rights of Palestinian refugees to return to their homes and properties as stipulated in UN resolution 194. (2005)

Die Forderungen nach Rechten, wie dem Recht auf Rückkehr, dem Recht auf Gleichheit oder dem Recht auf Selbstbestimmung, werden in dem Diskurs dabei

9 Seit dem Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten (1979) beendeten einige Länder den Israelboykott teilweise oder auch ganzheitlich. Die Boykottbestimmungen der Arabischen Liga sind bis heute jedoch formal in Kraft (Becker 2016, 20).

10 Ein ›Volk‹ zu konstruieren, bedeutet in dieser Arbeit, populäre Forderungen in einer Äquivalenzkette zu artikulieren. Hierzu S. 64ff.

über die Bezugnahme auf Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht sowie UN-bezogene Resolutionen über den Israel-Palästina-Konflikt legitimiert. Rechte einzufordern, ohne konkrete Vorschläge für deren Umsetzung zu unterbreiten, lässt sich dabei als eine zentrale strategische Ausrichtung der Bewegung definieren (Schmidt 2012; McMahon 2014).

Hinter dieser strategischen Ausrichtung steht die Überlegung, dass Forderungen nach Rechten eine größere Anschlussfähigkeit für globale Gerechtigkeits- und Menschenrechtsdiskurse besitzen als jener mit einer konkreten Staatlichkeit verknüpfte palästinensische Nationalismus- oder »Befreiungsdiskurs« (Schmidt 2012, 40). Aus diesem Grund positioniert sich die Bewegung auch offiziell »agnostisch« (McMahon 2014, 67) in der Frage, ob ihre Ziele und Forderungen auf eine Ein- oder Zweistaatenlösung¹¹ des Nahostkonflikts (ebd.; Barghouti 2009) hinauslaufen sollen. Neben dem rechtebasierten Ansatz der Solidaritätsbewegung stellt der Repräsentationsanspruch des BDS-Calls eine weitere Besonderheit dar. Denn die politischen Ziele und Forderungen sowie die Tatsache, dass der BDS-Call von insgesamt 171 palästinensischen Organisationen in Israel, in den besetzten Gebieten und der palästinensischen Diaspora unterzeichnet wurde, führt zu der Einordnung des Calls als »most significant document the Palestinian people have produced since the national movement emerged in the 1960s« (Hijab 2009, 569). Der Osloer Friedensprozess habe der Kampagne zufolge dazu geführt, den politischen Fokus nur auf die israelische Besatzung zu richten. Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge ebenso wie diejenigen der arabisch-palästinensischen Staatsbürger Israels wurden in dieser Lesart durch die palästinensische Autonomiebehörde (PA) »verkauft« (Schmidt 2012, 33). Der BDS-Call beansprucht nun, die Interessen und Bedürfnisse aller Palästinenser/-innen zu repräsentieren, indem er die kollektiven Rechte des geografisch in Israel, in der Diaspora und in den besetzten Gebieten verteilten palästinensischen »Volks« und ihres Rechts auf nationale Selbstbestimmung einfordert.

The three-tiered campaign transcends the exclusive focus on Israel's colonial regime in the West Bank and Gaza Strip and thereby represents the interests

11 Eine Einstaatlösung, z.T. auch binationale Lösung genannt, bezeichnet einen Lösungsansatz des Nahostkonflikts, in der die Etablierung eines binationalen säkularen Staates auf dem jetzigen Staat Israel, dem Westjordanland und dem Gazastreifen gefordert wird. Die Einstaatlösung findet weder in der arabisch-palästinensischen noch in der israelischen Bevölkerung mehrheitliche Unterstützung (Asseburg/Busse 2016, 186; Tami Steinmetz Center 2018). Die Zweistaatenlösung hingegen sieht die Schaffung eines unabhängigen Staats Palästina neben dem heutigen Staat Israel auf dem Territorium westlich des Jordans vor. Die genauen Grenzlinien sind dabei Gegenstand von Verhandlungen zwischen den politischen Vertreter/-innen von Israelis und Palästinenser/-innen.

of all Palestinians. In this sense, BDS is truly a Palestinian *national* movement. (McMahon 2014, 67)

Im scharfen Kontrast zu früheren, diplomatischen Verhandlungsstrategien zwischen offiziellen israelischen und palästinensischen Vertreter/-innen adressiert die Kampagne die internationale Zivilgesellschaft als Akteur/-in, die zusammen mit der palästinensischen Zivilgesellschaft für Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten kämpfen soll. Die Internationalisierung des Nahostkonflikts durch die Anrufung der globalen Zivilgesellschaft wird im Folgenden als Proteststrategie der Kampagne dargestellt.

1.2.3 BDS als Transnationalisierungsstrategie: Organisationsstruktur und Mobilisierungserfolge

Der Aufruf zu BDS 2005 führte zu einer beschleunigten Diffusion der BDS-Kampagne in die Gesellschaften des globalen ›Nordens‹ und ›Südens‹. Eine breite Koalition von NGOs, Kirchen, Gewerkschaften, Kommunen, Unternehmen und parteipolitischen Verbänden hat sich dem Boykottaufruf seit 2005 angeschlossen. 2007 wurde in Rahmallah das Boycott National Committee (BNC) gegründet, das die globale Organisation von BDS-Aktionen, Strategien und Programmen, die Vernetzung der transnationalen Solidaritätsbewegung mit lokalen palästinensischen Aktivist/-innen und die Verbreitung von Informationen im globalen Netzwerk koordiniert. Die Kampagne versteht sich selbst als dezentrales Bewegungsnetzwerk, dessen Handlungszentrum in den globalen BDS-Aktivitäten besteht (Jamjoum 2011, 141). Die einzelnen lokalen Ableger der Kampagne formieren zusammen mit dem BNC die heterogene transnationale Palästinasolidaritätsbewegung, deren Einheit der BDS-Call darstellt.

Der palästinensische Protest für Menschenrechte hat sich demzufolge transnationalisiert. Die transnationale Reichweite des palästinensischen Protestdiskurses wird in der Forschung dabei auf unterschiedliche Aspekte zurückgeführt. Für Eva Schmidt (2012, 44ff.) liegt seine Mobilisierungsdynamik vor allem in dem Menschenrechtsfokus der Kampagne ebenso wie in der Verwendung des Apartheidkonzepts begründet. Die Deutung des Nahostkonflikts als Konflikt um Menschenrechte schaffe dabei Empathie, moralisches Mitgefühl und internationale Solidarität, indem die Menschenrechtssemantik Anschlussfähigkeiten für globale Gerechtigkeitsdiskurse generiert. Gleichzeitig liefert die in dem BDS-Call angeführte Inspiration des Protests durch den südafrikanischen Boykottvorläufer die Möglichkeit, den Kampf um palästinensische Rechte mit dem Kampf um Rechte zu Zeiten der südafrikanischen Apartheid moralisch gleichzusetzen. Gemeinsamkeiten zwischen Israel und dem südafrikanischen Apartheidregime wurden von einzelnen Akademiker/-innen (Said 1980; Davis 1987) bereits in den 1980er-Jahren artikuliert

(Schmidt 2012, 6). Durch die strategische Verwendung des Apartheidkonzepts wird die Analogie zwischen Israel und Südafrika jedoch von palästinensischen Aktivist/-innen in ein »Widerstandsframing« (ebd.) überführt, das für internationale Solidaritätsdiskurse anschlussfähig ist.

Warum der palästinensische Protest dabei transnationalisiert werden soll, erklären einige Autor/-innen mit dem Ziel, den Kampf um die internationale Meinung über den Nahostkonflikt zu beeinflussen. In Anlehnung an den marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci wird dieser Kampf als »war of position« (Hussein 2015, 12), als »legitimacy war« (Falk 2010) oder »war by other means« (Hallward/Shaver 2012) bezeichnet. Damit wird eine Form von symbolischen Kämpfen charakterisiert, die darauf ausgerichtet sind, tief sedimentierte politische Diskurse, unhinterfragbare Grenzziehungen sowie Identitätskonstruktionen im Israel-Palästina-Konflikt anzugreifen (McMahon 2014) und eine neue Perspektive auf den Nahostkonflikt zu werfen, die verstärkt palästinensische Positionen reflektiert. Demzufolge stellt sich nun die Frage, gegen welche gesellschaftlichen Strukturen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie dominanten Diskurse sich der transnationale Boykottaktivismus eigentlich konkret richtet und welche Stellung die israelische Perspektive dabei einnimmt.

1.2.4 Die Reichweite des Boykotts: Widersprüche, Ambivalenzen und Mehrdeutigkeiten

Der Literaturkorpus ist von der anhaltenden Spannung in der Frage, wogegen sich die Boykottforderungen und rechteorientierten Ziele der Bewegung *konkret* richten, durchzogen (Hijab 2009; Erakat 2010; McMahon 2014; Bakan/Abu Laban 2009; Lerner 2012; Finkelstein 2012). Sie löst Widersprüche, Ambivalenzen und Mehrdeutigkeiten aus, die sich auf die Deutung des israelischen Staats, des israelischen Existenzrechts als jüdischer Staat und der Stellung der israelischen Perspektive im Rahmen des palästinensischen Menschenrechtsaktivismus beziehen. Mit anderen Worten artikuliert sich in der Frage der Positionierung Israels im Rahmen des Solidaritätsdiskurses nun die übergeordnete Frage nach der Schnittstelle zwischen universalen Menschenrechtsforderungen und antiisraelischen Antisemitismen. *Drei* Kontradiktionen sind hierfür ausschlaggebend.

Die *erste* Kontradiktion betrifft die Reichweite des Boykotts. Der BDS-Call fordert einen umfassenden akademischen, kulturellen und wirtschaftlichen Boykott »of Israel's entire regime« (BDS o.D.b) und damit nicht nur von jenen Institutionen und Akteuren, die von der israelischen Besatzung profitieren. Damit löst die Kampagne Mehrdeutigkeiten in ihrer strategischen Ausrichtung aus: Wenn sich

der Boykott gegen den gesamten israelischen Staat richtet, ist das übergeordnete Ziel dann kein Ende der Besatzung, sondern ein Ende des Staates Israel?¹²

Eine ähnliche Ambivalenz artikuliert sich *zweitens* über die rechtbasierte Forderungsstruktur der Bewegung. Wie bereits dargestellt, fordert die Kampagne, die Interessen und Bedürfnisse aller Palästinenser/-innen zu repräsentieren, indem sie die unveräußerlichen Rechte des geografisch in Israel, in der Diaspora und in den besetzten Gebieten verteilten palästinensischen ›Volks‹ kollektiv eingeklagt. Damit bricht die Bewegung mit einer Reihe von Grundsätzen der durch den Osloer Friedensprozess angestrebten Zweistaatenlösung des Nahostkonflikts (Jamjoom 2011; Bröning 2011). Denn die einzelnen geforderten Rechte konterkarieren das israelische Selbstverständnis als jüdischer und demokratischer Staat (Finkelstein 2012; Omer 2009; Lorber 2016), d.h., sie können auch als grundsätzliche Infragestellung des jüdischen Rechts auf nationale Selbstbestimmung gelesen werden. Die Konsequenz dieser Implikationen wird von der Bewegung ausgelassen; sie scheint hinter dem Verweis auf die Forderung nach Rechten zu verschwinden. Eine Abkennung des im Völkerrecht verankerten Anspruchs auf Existenz und Fortbestehen des jüdischen Staats wird in der Forschung als Ausdrucksform antisemitischer Diskurse verstanden. Daher stellt sich die Frage, ob Jüdinnen und Juden in dem Bewegungsdiskurs dieselben (Selbstbestimmungs-)Rechte verweigert werden, die Aktivist/-innen für Palästinenser/-innen solidarisch einfordern.

Eine *dritte* Ambiguität wird durch die spezifische Deutung des israelischen Staats in dem Diskurs aufgeworfen. Die Charakterisierung Israels als völkerrechtswidriger Apartheid- und Kolonialstaat ist der Bewegung zufolge eine neue Deutung des hegemonialen Diskurses über den Nahostkonflikt (Schmidt 2012, 33), die ihn in abstrakte Kategorien übersetzbar und bewertbar macht. Während diese abstrakte Aneignung des universalen Menschenrechtsdiskurses und globaler Unrechtssymboliken – wie »Apartheid«, »Imperialismus« oder »Rassismus« – einerseits emotionale solidarische Resonanzen erzeugt, können sie andererseits auch politische, historische, kulturelle und nationale Diskurse dekontextualisieren. Exemplarisch hierfür steht die Apartheidanalogie zwischen Israel und Südafrika. Die Apartheidanalogie wird von der Antisemitismusforschung oft als simplifizierende (Avnery 2013) oder dekontextualisierende (Schwarz-Friesel/Reinharz 2013, 216) Metapher klassifiziert, die eine einseitige Perspektive auf den Nahostkonflikt hervorbringt, in der israelische Narrationen, Erfahrungen und Sichtweisen hinter dem Schlagwort »Apartheid« unsichtbar werden (Omer 2009 und 2015). Oft wird die Metapher selbst schon als antisemitische Dämonisierung bezeichnet (Bernstein et al. 2018; Bayefsky 2011; Judaken 2008; Taguieff

12 Dafür, dass sich die Boykottforderungen lediglich auf das Ende der seit 1967 besetzten Gebiete und nicht auf das israelische Existenzrecht beziehen, argumentieren etwa Hijab 2009, Erakat 2010. Dagegen argumentieren Bakan und Abu Laban 2009, McMahon 2014.

2004). Dergestalt stellt sich die Frage, ob die ›neue Deutung‹ des Nahostkonflikts durch die Kampagne zu einer entkontextualisierten Konfliktperspektive führt, in der durch simplifizierende Schlagwörter, Analogien und abstrakte Menschenrechtsforderungen der transnationale Solidaritätsakt gegen Israel legitimiert, während israelische Sichtweisen, Rechte und Narrationen durch antisemitische Klassifikationen delegitimiert und zum Schweigen gebracht werden.

Diese Kontradiktionen konkretisieren den irritierenden Ausgangspunkt der problemorientierten Forschungspraxis, der nun auf das empirische und theoretische Erkenntnisinteresse dieser Arbeit übertragen wird.

1.3 Die ambivalente Gleichzeitigkeit von antisemitischen Menschenrechtsforderungen: das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit

Die Genese der Forderungen nach Rechten für Palästinenser/-innen, die durch BDS gegen Israel verwirklicht werden sollen, ihre weltweite Verbreitung durch transnationale Solidaritätsaktivist/-innen sowie die spezifischen Boykottziele bilden den irritierenden Ausgangspunkt der problemorientierten Forschungspraxis. Irritierend ist er, weil er von den dargestellten drei kontradiktorischen und ambivalenten Positionierungen durchzogen ist. Widersprüche legitimieren oder delegitimieren eine Protestbewegung allerdings nicht *per se*, sondern müssen bezüglich ihrer direkten und indirekten Ziele, Absichten und Folgen beurteilt werden.¹³ Für die vorliegende Untersuchung ist demzufolge nicht die Präsenz von Friktionen innerhalb des propalästinensischen Solidaritätsaktivismus relevant, sondern die Frage nach ihren spezifischen diskursiven Effekten. Der größte und offensichtlichste diskursive Effekt der Kampagne ist die weltweite Diffusion des propalästinensischen Menschenrechtsdiskurses, ein weniger sichtbarer Effekt sind die möglichen Ausschlüsse israelischer Konfliktperspektiven, Ansprüche und Narrationen, die im kulturellen Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts mit der Reproduktion antiisraelischer Antisemitismen einhergehen können. Das *empirische Erkenntnisinteresse* dieser Arbeit zielt darauf ab, das potenzielle Zusammenspiel eines palästinasolidarischen Menschenrechtsaktivismus mit antisemitischen Deutungsange-

13 Damit grenzt sich die vorliegende Arbeit von Zugängen ab, die den Boykott des Staates Israel durch die historische Assoziation mit dem Boykott jüdischer Geschäfte durch die Nationalsozialisten bereits als antisemitisch klassifizieren. Ein Boykott des jüdischen Staats Israels kann vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte Erinnerungen an den antisemitischen Judenboykott des frühen Nationalsozialismus aufrufen. Sie ist jedoch nicht über den historisch kontingenten Kontext der deutschen Vergangenheit generalisierbar.

boten – d.i. die ambivalente Gleichzeitigkeit von antisemitischen Menschenrechtsforderungen – am empirischen Beispiel des BDS-Aktivismus zu untersuchen.

Davon ausgehend, stellt sich die Frage, auf welche theoretischen Perspektiven die vorliegende Arbeit zurückgreifen kann, um den irritierenden empirischen Ausgangspunkt zu erklären.

Auf den ersten Blick scheinen Aneignung, Verbreitung und Übersetzung von Menschenrechten ein oft bearbeiteter Forschungsschwerpunkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit transnationalen Bewegungen zu sein (Goodale 2007; Christophersen 2009; Dworkin 1977; Gamson 1992; Tsutsui/Whitlinger/Lim 2012; Tsutsui/Smith 2018; Narr/Roth 1996; Kaldor 2003). Auch Antisemitismen werden relativ häufig im Zusammenhang mit Diskursen der »Neuen Linken«¹⁴ analysiert (Wistrich 2004, 2005 und 2015; Arnold 2016; Ullrich 2008 und 2013; Edthofer 2017). Dennoch lassen die etablierten Ansätze der politischen Soziologie, die sich in unterschiedlicher Weise mit dem Untersuchungsphänomen dieser Arbeit beschäftigen, zentrale Aspekte des empirischen Ausgangspunkts unberücksichtigt. Zu diesen zentralen Aspekten gehört, dass sie Brüche, Widersprüche und Ambivalenzen von solidarischen Menschenrechtsdiskursen nicht reflektieren. Ich stelle die Grenzen der jeweiligen Forschungsdisziplinen für das empirische Erkenntnisinteresse im Folgenden überblicksartig¹⁵ vor und leite daraus den Mehrwert der eigenen Forschungsperspektive ab.

Das Ziel sozialer Proteste wird in der Bewegungsforschung darauf zurückgeführt, »sozialen Wandel durch Protest herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen« (Neidhardt/Rucht 1993, 307). Menschenrechtsideen, Normen und Symbole werden dabei als strategisch einsetzbare Erfolgsressource klassifiziert, durch die es rational handelnden sozialen Bewegungsakteur/-innen gelingen kann, die eigenen Forderungen zu mobilisieren und normativen Wandel umzusetzen (Keck/Sikkink 1998; Schatral 2012; Sikkink 2005; Passy 2009; Brysk 2000; Benford/Snow 2000; Mooney/Hunt 1996). Von dieser ontologischen Grundannahme eines rational handelnden Bewegungsakteurs ausgehend, konzentriert sich das epistemologische Erkenntnisinteresse der Bewegungsforschung dann auf die strukturellen Entstehungs-, Formierungs- und Erfolgsbedingungen sozialer Menschenrechtsbewegungen oder untersucht die Mobilisierungsfunktion menschenrechtsorientierter Solidaritätsdiskurse. Die Analyse des dynamischen *Verhältnisses* zwischen sozialer Bewegung und dem gesellschaftlichen Kontext, der durch die sym-

14 Unter dem Sammelbegriff der »Neuen Linken« versteht die Forschung verschiedene Einzelgruppen, politische Bewegungen und Parteien, die sich seit Mitte der 1960er-Jahre auf emanzipatorisch-sozialistische Praktiken und internationale Ideale beziehen (Backes/Jesse 1993). Die BDS-Bewegung gilt dabei als Teil der »Neuen Linken« (Hirsh 2007; Whine 2010; Hillman 2013; Bundesministerium des Inneren 2011).

15 Eine ausführliche Diskussion des Forschungsstands erfolgt in Kapitel 2.

bolischen Kämpfe um Rechte angegriffen, »neu gedeutet« und durch solidarischen Protest verändert werden soll – wie es weiter oben als Ziel des BDS-Aktivismus artikuliert wurde –, gerät dabei aus dem Blick (ähnlich Ullrich 2015). Damit können auch Phänomene der Exklusion, Kontradiktion und Friktion im Konflikt um die kollektive Deutung der sozialen Wirklichkeit, die insbesondere im diskursiven Kontext des Nahostkonflikts bedeutsam sind, nicht hinreichend erklärt werden.

Mit einer ähnlichen epistemologischen Herangehensweise betrachtet auch die politisch-soziologische Menschenrechtsforschung die Beziehung zwischen individuellen wie kollektiven Subjekten und universalen Menschenrechtsdiskursen. In ihrer Extremform reduzieren kritische Perspektiven (Brown 1995; Žižek 2005a; Williams 2010) die westliche Ideologie des universalen Menschenrechtsdiskurses monokausal auf seine marginalisierenden Wirkungsweisen für nicht westliche Subjekte und Diskurse, ohne dabei zu reflektieren, welches Handlungspotenzial universale Menschenrechtsideen für die politische Praxis kollektiver, auch »subaltern« Subjekte in kontingenten, gesellschaftlichen Kontexten eröffnen können. Warum artikuliert die palästinensische Zivilgesellschaft ihre dreifachen Forderungen nach Rechten als Ausdruck eines gemeinsamen Willens des palästinensischen »Volks« (hierzu siehe Abschnitt 1.2.2), wenn universale Menschenrechtsdiskurse nur marginalisierte Objekte produzieren? Zwar gibt es anthropologische Studien (Merry 2006; Levitt/Merry 2009; Acharya 2004; Rosen/Yoon 2009), die sich empirisch mit dem Grad der »Vernakularisierung«, d.i. die kulturelle Aneignung, Reinterpretation und Adaption von Menschenrechtsdiskursen durch lokale Akteure – wie NGOs, soziale Bewegungen und Menschenrechtsaktivist/-innen – beschäftigen. Diese Ansätze reflektieren jedoch Ambivalenzen, Kontradiktionen und Widersprüche im Rahmen des Vernakularisierungsverfahrens ebenso wenig wie Fragen der transnationalen Solidarität mit kulturell-kontextualisierten Menschenrechtsdiskursen, wie sie kennzeichnend für den BDS-Aktivismus sind.

Antisemitismustheorien erschöpfen sich meist in dem Forschungsinteresse nach der Deskription historischer (Dis-)Kontinuitäten zwischen »neuen« und »alten« Vorurteilen über Jüdinnen und Juden (Rabinovici/Speck/Sznaider 2004; Schoenfeld 2005; Chesler 2015). Sobald antiisraelische Antisemitismen in linken Bewegungen (Wistrich 2012 und 1979; Mendes 2014; Rubinstein 1982; Traverso 1995; Reiter 2001) untersucht werden, wird überwiegend eine genealogisch-deskriptive Perspektive auf den Untersuchungsgegenstand eingenommen. Andere Autor/-innen verweisen explizit auf den Nexus zwischen dem neuen Antisemitismus und einer kosmopolitischen Menschenrechtsrhetorik internationaler NGOs (Herzberg 2013; Fishman 2012; Steinberg 2007) und beschreiben die Amalgamierung zwischen Antisemitismen und dem völkerrechtswidrigen »Kolonial-« und menschenrechtsverletzenden »Apartheidframing« Israels (Poller 2012). Insofern all diese Ansätze jedoch ohne eine explizite Einbettung des antisemitischen »Vor-

urteils« in eine Gesellschaftstheorie auskommen, verharren sie auf der Ebene der »Deskription des Ressentiments« (Edthofer 2017, 408). Wie sich Antisemitismen im dynamischen Zusammenspiel mit Menschenrechtsdiskursen im kulturellen Kontext des Nahostkonflikts aktualisieren und mehr noch für die transnationale Solidarisierungsdynamik des palästinensischen Protestdiskurses mobilisierend wirken können, bleibt in diesen Ansätzen ungeklärt.

All diesen Zugängen ist dabei gemeinsam, dass sie politische Menschenrechtspraktiken und Antisemitismen zu häufig unabhängig von ihrer Einbettung in gesamtgesellschaftliche Dynamiken betrachten, sodass Gleichzeitigkeiten, Ambivalenzen und Kontradiktionen als diskursive Effekte von solidarischen Menschenrechtsdiskursen, hier dem BDS-Diskurs, nicht hinreichend betrachtet werden können.

Aus diesem Grund zielt das *theoretische Erkenntnisinteresse* der vorliegenden Arbeit darauf ab, den palästinasolidarischen Diskurs in eine gesellschaftstheoretisch angelegte, relationale Theorieperspektive zu integrieren, mit der Brüche, Ambiguitäten und Friktionen nicht als unauflösbare Paradoxie, sondern als zwei Seiten derselben Medaille betrachtet werden können.

Postmoderne politische Soziologien in ihrer poststrukturalistischen Ausrichtung lehnen ein vermeintliches Fundament gesellschaftlicher Strukturen, fest fixierter Identitäten und stabiler Grenzziehungen innerhalb der Sphäre des Sozialen ab und betonen den Bruch, die Ambivalenz und Konflikthaftigkeit als Movens gesellschaftlicher Auseinandersetzung um die diskursive Aushandlung der sozialen Wirklichkeit. Aus diesem Grund eignen sie sich für ein Verständnis des symbolischen Kampfes der BDS-Bewegung, der gerade durch den Widerspruch charakterisiert wird.

Ich möchte in dieser Arbeit auf Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes Hegemonie- und Diskurstheorie (2000, darauf aufbauend: Laclau 1990, 1994, 2000, 2002, 2005 und 2017), Jacques Lacans kulturtheoretische Psychoanalyse sowie ihre ideologietheoretische Weiterentwicklung durch u.a. Slavoj Žižek (1997, 1998, 1999, 2000 und 2013; auch Glynos/Howarth 2007; Glynos/Stavrakakis 2002 und 2004; Stavrakakis 1999 und 2007) als poststrukturalistische Sozial- und Gesellschaftstheorie zurückgreifen, die als allgemeine Ontologie in dieser Arbeit fruchtbar gemacht werden soll. Ausgehend von der dadurch gewonnenen theoretischen Konzeption, werden soziologische Zugänge zu Menschenrechten (Joas 2015; Douzinas 2000; Wardle 2016; Salecl 1994) ebenso wie soziologische Antisemitismusansätze (Holz 2001 und 2005; Haury 2002) poststrukturalistisch trianguliert. Die Triangulation mit den erwähnten Zugängen resultiert dabei aus der empirischen Beobachtung, der zufolge Menschenrechtsforderungen und Antisemitismen eine Schnittstelle im politischen Kampf der transnationalen Palästinasolidaritätsbewegung einnehmen. Damit reflektiert die theoretische Heuristik die besonderen Merkmale der Protestdynamik im empirischen Kontext des Nah-

ostkonflikts und entwickelt so ein innovatives Analysemodell, das die Vermittlung zwischen Sozial- und Gesellschaftstheorie mit der konkreten empirischen Praxis vollzieht (ähnlich argumentieren Leinius, Vey und Hagemann 2017, 4; Reckwitz 2016, 12). Die folgenden Abschnitte zeigen auf, wie ein solches dynamisches Modell der paradoxen Situation menschenrechtsorientierter Antisemitismen *theoretisch* begegnen kann.

1.3.1 Eine poststrukturalistische Perspektive auf die Deutungsarbeit sozialer Bewegungen: hegemoniale Projekte, soziale Fantasien und die Einheit der Paradoxie

Das übergeordnete Ziel dieser Arbeit ist es, die eingangs zitierte »paradoxe Situation« menschenrechtsorientierter Antisemitismen einerseits im empirischen Feld des transnationalen Palästinasolidaritätsaktivismus, andererseits in den bislang getrennt voneinander diskutierten Forschungsfeldern aufzulösen. Das theoretische Modell, die konkreten Analyseverfahren ebenso wie die untersuchte Fallstudie dieser Arbeit stehen demnach in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander. Im *ersten Teil* dieser Arbeit wird demzufolge eine umfassende Gesellschafts- und Sozialtheorie entwickelt, die menschenrechtsorientierte Antisemitismen *theoretisch* erklären kann. Der folgende Abschnitt zeigt auf, weshalb Antisemitismen im menschenrechtsorientierten Umfeld aus einer radikalkonstruktivistischen Konfliktperspektive nicht als Paradoxie, sondern als sinnstiftende Einheit interpretiert werden können.

Mit der Diskurs- und Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2000) wählt diese Arbeit eine poststrukturalistische und postmarxistische Forschungsperspektive für die Untersuchung transnationaler Bewegungen, die sich auf diskursive Prozesse des fortwährenden Kampfes um gesellschaftliche Hegemonien und darin enthaltener Bruchlinien fokussiert (Glasze/Mattisek 2009; Krüger 2015; Stäheli/Hammer 2016; Nonhoff 2006). Im Zentrum der Sozial- und Gesellschaftstheorie Laclaus und Mouffes steht eine radikale Kontingenz- (Marchart 2013a, 49) und Konfliktperspektive auf Gesellschaft, die von dem Interesse geleitet wird, die machtvolle Erzeugung hegemonialer Ordnungen zu dechiffrieren, d.h. zu verdeutlichen, dass diese immer temporär stabilisierte Ergebnisse politischer Kämpfe um gesellschaftliche Deutungen darstellen und damit grundsätzlich veränderbar ist (Flügel-Martinsen 2017, 20). Dieser antiessenzialistische Ausgangspunkt macht die theoretischen Überlegungen Laclaus und Mouffes für ein Verständnis des politischen Kampfs der transnationalen Palästinasolidaritätsbewegung, der sich in der antagonistischen Sphäre des Nahostkonflikts nun als politischer Kampf um die hegemoniale Deutung sozialer Wirklichkeit kategorisieren lässt, aus *zweierlei* Gründen interessant.

1. Wenn gesellschaftliche Wirklichkeit radikal kontingent ist, werden die politischen Kämpfe sozialer Bewegungen als Angriff auf oder Infragestellung des herrschenden Status quo begreifbar und damit aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive analysierbar (Leinius/Vey/Hagemann 2017, 10)
2. Der Fokus auf politische Kämpfe um Hegemonie stellt dabei die konkreten Prozesse der diskursiven Konstruktion gesellschaftlicher Praktiken und Verhältnisse ins Zentrum der Analyse. Hegemonie ist dabei immer das instabile Resultat des Kampfes »zwischen antagonistischen Positionen« (Flügel-Martinsen 2017, 22). Demzufolge werden soziale Identitäten, Akteure, Ideen, Handlungen, Institutionen, Praktiken, kurzum alles, was Gesellschaft ist (Laclau/Mouffe 2000), immer durch die Differenzbeziehungen zu anderen Gruppen, Subjekten und Deutungen konstituiert. Damit richtet sich der Blick auf die identitätsstiftende Funktion von Grenzziehungsprozessen zwischen »Eigenem« und »Fremdem«.

Insgesamt hilft die Diskurs- und Hegemonietheorie Laclaus und Mouffes, die Beziehung zwischen Gesellschaft und dem politischen Kampf sozialer Bewegung – in meinem Fall der BDS-Bewegung – in den Vordergrund zu stellen und dabei den Blick auf die Prozesse der Identitätsbildung und Grenzziehung im Rahmen der konflikthaften Aushandlung hegemonialer Wirklichkeit zu richten.

Im Anschluss an Jacques Lacan plädiert Slavoj Žižek für eine Ergänzung der Diskurs- und Hegemonietheorie um den Subjekt- und Begehrensbegriff der Lacan'schen Psychoanalyse. In der Lacan'schen Psychoanalyse wird das Subjekt durch einen fundamentalen Mangel charakterisiert (Lacan 1991a, 1991b, 1991c und 1991d). Dieser konstitutive Mangel des Subjekts wird durch soziale Fantasien verschleiert, indem er auf einen antagonistischen Gegner – wie beispielsweise »Migrant/-innen« oder »Jüdinnen und Juden« in rassistischen/antisemitischen Diskursen – projiziert wird, der als »Sündenbock« für gesellschaftlich und subjektiv unverstandene Prozesse, Ambivalenzen und Konflikte fungiert. Soziale Fantasien werden dabei als ideologische Narrative definiert, die hegemoniale Projekte durch »emotionale Besetzungen« (Hall 2011, 657) plausibilisieren und ihnen die kulturell spezifische Bedeutung des Begehrten zukommen lassen. Diese relationale Ausrichtung auf die Beziehung zwischen gesellschaftlichen Diskursen und politischen Subjektivitäten verspricht einen zentralen Mehrwert für die Frage nach der transnationalen Solidarisierung mit dem palästinensischen Protestanliegen und seinen inhärenten Kontradiktionen.

Mit einem psychoanalytischen Verständnis von Protest als eine Art »Affektenlehre« (Marchart 2013a, 438) richtet sich der analytische Blick durch die Betrachtung soziodiskursiver und psychodynamischer Prozesse der (subjektiven) Identifikation und (kollektiven) Identitätsbildung auf die affektive Begehrendynamik kulturspezifischer Identifikationsprozesse (Reckwitz 2008, 68) hegemonialer Projekte. Der Mehrwert einer solchen Ausrichtung liegt dann in seinem Verständnis für

das duale Zusammenspiel viszeraler, atavistischer, paranoider Fantasien einerseits und dem psychologischen Wunsch nach gesellschaftlicher Heilung, nach subjektiver Vollkommenheit durch die kontingenzverschleiernde Funktion sozialer Fantasien (Žižek 1992 und 1998) andererseits.

Mit einem subjektorientierten Zugang auf ideologische Fantasien erklärt sich die weltweite Solidarisierung mit dem partikularen Anliegen der Palästinenser/-innen nicht durch das Handeln rationaler Bewegungsakteure, sondern durch die affektive Anziehungskraft von Fantasien und ihrer kulturspezifischen Identifikationsangebote innerhalb des BDS-Aktivismus.

Ausgehend von den theoretischen Erkenntnissen der poststrukturalistischen Diskurs- und Hegemonietheorie sowie ihrer Weiterentwicklung in der Tradition der Essex School¹⁶, werden verschiedene sozialwissenschaftliche Zugänge der Menschenrechts- und Antisemitismusforschung *qua* Theorietriangulation¹⁷ (Denzin 1970) in eine umfassende theoretische Heuristik überführt. Diese Integration um weitere theoretische Zugänge ist deswegen notwendig, um die Vermittlung zwischen Gesellschafts- und Sozialtheorie mit der Empirie vollziehen zu können, der zufolge Menschenrechte und Antisemitismen eine erklärungsbedürftige Schnittstelle im Bewegungsdiskurs der transnationalen Palästinasolidarität bilden.

In einem *ersten Schritt* werden die hegemonie- und subjekttheoretischen Grundlagen der entwickelten poststrukturalistischen Gesellschafts- und Sozialtheorie durch sozialphilosophische (Joas 2015), psychoanalytische (Douzinas 2000; Wardle 2016; Salecl 1994) und sozialkonstruktivistische (Cheah 2014; Yuval-Davis 2011 und 2003) Ansätze der politisch-soziologischen Menschenrechtsforschung komplementär ergänzt. Damit ist ein *zweifaches* Ziel verbunden.

Durch eine Lacan'sche Lesart von Menschenrechtsdiskursen wird *erstens* das affektive Investment von Subjekten in soziale Menschenrechtsfantasien und ihrer imaginären Begehrendynamik in das Zentrum der Betrachtung gerückt. Der Mehrwert eines subjektiven Begehrensverständnis für Menschenrechtsnarrative liegt darin begründet, aufzeigen zu können, welche globale Anschlussfähigkeit, subjektive Attraktivität und emotive Mobilisierungskraft die menschenrechtsorientierten Identifikationsangebote des palästinasolidarischen Rechtediskurses besitzen.

Mit einer diskurs- und hegemonietheoretischen Perspektive auf Menschenrechte soll *zweitens* die Universalisierungslogik politischer Kämpfe um Rechte

16 Unter Essex School wird die von Laclau und Mouffe inspirierte politische Diskurstheorie (Political Discourse Theory [PDT]) verstanden, die einen Fokus auf artikulatorische Praktiken, Identitäten, Prozesse, Subjektivitäten und ideologische Diskurse legt (Münch 2016, 64). Für einen Überblick über die Vielzahl der Studien der Essex School siehe Townshend 2003.

17 Der positivistische Begriff der Triangulation (Denzin 1970) wird in Kapitel 4.1.2 einer postpositivistischen Reartikulation unterzogen.

konzeptualisierbar werden. Als (imaginäre) Universalisierungslogik für partikulare Kämpfe kann der Universalitätsanspruch der Menschenrechte und seiner Leitmotive der Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde verstanden werden, der den Kampf um *gleiche* Rechte als Handlungspotenzial für die politische Praxis gegenhegemonialer Kräfte (Laclau/Mouffe 2000) eröffnet und plausibilisiert. Die hegemonietheoretische Interpretation von Menschenrechten zeigt dann, wie sich soziale Akteur/-innen auf die universale Norm in kontingenten politischen Praktiken beziehen, d.h., wie eine lokale Konfliktlage als Situation ungleicher Rechte interpretiert werden kann und gegen welche soziale Ordnung sich der Kampf um Rechte richtet.

In einem *zweiten Schritt* werden sozialpsychologische (Adorno/Horkheimer 2008; Ostow 1988) und soziologische Ansätze (Holz 2001 und 2005; Haury 2002) der Antisemitismusforschung hegemonie- und ideologietheoretisch reformuliert. Auch hieran ist ein *doppeltes* Ziel geknüpft.

Mit einer an Lacans Psychoanalyse geschulten Perspektive werden Antisemitismen *erstens* hinsichtlich ihrer subjektiv-affektiven Wirkungsweise als grauenvolle Dimension sozialer Fantasien konzeptualisiert. Es wird ein zentrales Argument von Kapitel 3 sein, dass Antisemitismen als emotiv besetzte und kulturell anpassungsfähige Identifikationsangebote wirksam werden, die als obszön überzeichnete ideologische Fiktionen der gesellschaftlichen Wirklichkeit ressentimentgesteuerte Gefühle von Wut, Aggression und Hass produzieren. Der Blick auf den manichäischen Charakter antisemitischer Fantasien und ihrer Welterklärungsfunktion kann dann eine vielversprechende Erklärung liefern, warum sich Subjekte mit dem Identifikationsangebot des palästinensischen Menschenrechtsdiskurses solidarisieren.

Der diskurs- und hegemonietheoretische Blick auf Antisemitismen zeigt *zweitens*, wie antiisraelische Antisemitismen in historisch kontingenten Kontexten ausgehandelt und entsprechend einer »Kommunikationslatenz« (Bergmann/Erb 1986) offen antisemitischer Artikulationsweisen durch die politische Praxis angepasst werden können. Im Kontext des Nahostkonflikts ist es demzufolge die Frage der *Differenzbeziehung* zu israelischen Perspektiven, Identitäten und Ansprüchen, die damit fokussiert werden kann. Ein zentrales Argument wird dabei sein, dass über Israel artikulierten Antisemitismen, ihren spezifischen Mechanismen der Dämonisierung und Delegitimierung, ein komplexitätsreduzierender Zweck im kontingenten Diskurs des Nahostkonflikts zukommt.

Insgesamt entwickelt die problemorientierte Forschungspraxis im *ersten Teil* dieser Arbeit eine umfassende Gesellschafts- und Sozialtheorie, die sich im reziproken Austausch mit der Empirie befindet. Aus einer radikalkonstruktivistischen Konfliktperspektive stellen menschenrechtsorientierte Antisemitismen damit keine scheinbare Paradoxie dar, sondern können als sinnstiftende Einheit

in der antagonistischen Auseinandersetzung um gesellschaftliche Hegemonie interpretiert werden.

Ausgehend von der daraus gewonnen Theoriematrix, wird im *zweiten Teil* dieser Arbeit eine qualitative Fallstudie über die Diskursproduktion dreier zentraler Netzwerke der transnationalen Palästinasolidaritätsbewegung durchgeführt.

Der folgende Abschnitt zeigt, wie die theoretische Heuristik poststrukturalistisch operationalisiert und auf den problematisierten Gegenstand empirisch angewendet wird.

1.4 Poststrukturalistische Operationalisierung: Forschungsfrage und Methoden

Der *zweite Teil* dieser Arbeit zielt auf die Umsetzung einer qualitativen Fallstudie über die Diskursproduktion dreier zentraler Netzwerke der transnationalen Palästinasolidaritätsbewegung, wobei diese als paradigmatische Fälle für den gesamten Diskurs der TPSB gelten. Um ein kohärentes und umfassendes Forschungsprogramm zu entwickeln, zeige ich nun *erstens*, wie die Theorie in die Methodologie übertragbar wird, und gehe *zweitens* darauf ein, mit welcher Methode die qualitative Fallstudie analysiert werden soll.

Durch die Übersetzung der Theorie in Methodologie und Methode wird dabei gleichzeitig dem oft zitierten methodologischen Defizit poststrukturalistischer Forschungspraktiken begegnet (s. hierzu ausführlich Kap. 4). Dabei greift die vorliegende Arbeit auf eine Form der Operationalisierung der Laclau-/Mouffé'schen Theorie zurück, die vor allem in der englischsprachigen Literatur (Methmann 2014; Zienkowski 2017; Hawkins 2015) stark rezipiert wurde. Hierbei handelt es sich um die »Logics of Critical Explanation«, die Jason Glynos und David Howarth (2007) als »theoretisch-methodologisches Denkgebäude« (Mattissek 2011, 264) für die hegemonietheoretischen Prämissen Laclaus und Mouffes und ihrer Anwendbarkeit für empirisch zu beobachtende, diskursive Praktiken entwickelt haben. Auch im deutschsprachigen Soziologiekontext ist der innovative »Logiken-Ansatz« als poststrukturalistisches Scharnier zwischen den ontologischen Annahmen der Hegemonietheorie und seiner kontextspezifischen Übertragung vermehrt verwendet worden (Bedall 2014; Krüger 2015; Mattissek 2011). Aus diesem Grund soll er in dieser Arbeit für das untersuchte Fallbeispiel des transnationalen Boykottaktivismus gegen Israel fruchtbar gemacht werden.

Um gesellschaftliche Phänomene dechiffrieren, charakterisieren und erklären zu können, differenzieren Glynos und Howarth zwischen *drei* verschiedenen Typen von Logiken, die Reproduktions- und Transformationsprozesse sozialer Praktiken und Regime sichtbar machen. Logiken werden in Anlehnung an Laclau und Mouffé als relationales Set von Subjektpositionen, Objekten, Bedeutungen, Ideen und In-

stitutionen verstanden, die in einer bestimmten diskursiven Formation (Regime¹⁸) zusammenspielen. Während *soziale* Logiken einzelne Praktiken oder Regime in unterschiedlichen Kontexten beschreiben, zeigen *politische* Logiken auf, wie Regime oder Praktiken auftauchen, angegriffen und verändert werden können. Zuletzt erklären *phantasmatische* Logiken, warum Subjekte für bestimmte Praktiken oder Regime eingenommen werden können.

Wird der politische Kampf um die hegemoniale Durchsetzung des palästinensischen Protestanliegens nun als Regime von Praktiken verstanden, lassen sich die zuvor dargestellten theoretischen Zugänge in die drei Logiken integrieren. Diese Integration in den Ansatz der »Logiken kritischer Erklärung« ist deswegen relevant, um das empirische und theoretische Erkenntnisinteresse in konkrete Forschungsfragen zu übersetzen und damit ein umfassendes, poststrukturalistisches Forschungsdesign vorzustellen (Methmann 2014, 13). Das Konzept der politischen Logik ist mit dem Laclau-/Mouffe'schen Hegemonieverständnis kongruent, während phantasmatische Logiken das Lacan'sche Subjektverständnis und damit die affektiv-kathektische Bindung von partikularen Diskursen in ein methodologisches Framework übersetzbar machen. Die soziale Logik erklärt dann, gegen welche sozial sedimentierten Praktiken und Regime sich die »neuen« Ideale, Ideen und Forderungen richten.

Ausgehend von diesem methodologischen Framework der »Logiken kritischer Erklärung«, leiten Glynos und Howarth *drei* zentrale Forschungsfragen ab, die jede problematisierte Forschungspraxis begleiten und als Scharnier zwischen den theoretischen Konzepten und der konkreten empirischen Praxis gelten: »what, how, and why-questions« (2007, 108).

Im Untersuchungsfeld der transnationalen Palästinasolidaritätsbewegung stellen sich die konkreten Forschungsfragen, die das empirische und theoretische Erkenntnisinteresse nun in drei Fragestellungen übersetzen, folgendermaßen dar:

1. Wenn soziale Wirklichkeit kontingent und umkämpft ist, muss sich die *erste Forschungsfrage* darauf konzentrieren, *was* die Praktiken und Regime im kulturellen Kontext des Nahostkonflikts charakterisiert – d.i. die soziale Logik –, die von der TPSB angegriffen wird.
2. Wenn Hegemonie immer das Ergebnis des antagonistischen Kampfes um die eigenen Forderungen, soziale Identitäten und Ideen in Differenz zu anderen Gruppen, Subjekten und Deutungen ist, zielt die *zweite Forschungsfrage* darauf ab, zu untersuchen, wie – d.h. durch welche politische Logik – sich die partiku-

18 Der Unterschied zwischen einem Regime und einer Praktik liegt in der »nächsthöheren Organisationsebene« (Mattisek 2011, 267) begründet. Demzufolge produzieren Praktiken Regime.

- laren Forderungen nach Rechten der Palästinenser/-innen hegemonialisieren und *welche* Stellung antisemitische Differenzkonstruktionen dabei einnehmen.
3. Wenn soziale Fantasien als ideologische Narrative hegemonialer Projekte gelten, die das subjektive Identifikationsangebot durch emotionale Besetzung plausibilisieren, übersetzt sich die *dritte Forschungsfrage* nun dahingehend, *welche* affektiv-ideologische Anziehungskraft Antisemitismen und Menschenrechtsnarrative – d.i. die phantasmatische Logik – für die Transnationalisierung des palästinensischen Protestanliegens einnehmen.

Diese drei heuristischen Fragen, die zusammengekommen ein problematisiertes Phänomen kritisch erklären können, beantworten nun das übergeordnete Erkenntnisinteresse dieser Arbeit: die paradoxe Situation menschenrechtsorientierter Antisemitismen *theoretisch und empirisch* auflösen zu können. Der folgende Abschnitt zeigt, mit welcher Methode die qualitative Fallstudie analysiert werden kann.

1.4.1 Triangulation durch Genealogie, politische Strategemanalyse und Logiken der kritischen Erklärung

Um die *drei* Forschungsfragen im *zweiten Teil* dieser Arbeit anhand einer qualitativen Fallstudie über die Diskursproduktion *dreier* zentraler Netzwerke der transnationalen Palästinasolidaritätsbewegung erklären und analysieren zu können, werden drei unterschiedliche Methoden poststrukturalistisch trianguliert. Die gewählten Methoden sind dabei als diskursive Analysestrategien angelegt, die unterschiedliche Aspekte des problematisierten Phänomens »der Paradoxie antisemitischer Menschenrechtsdiskurse« mit je unterschiedlichen Analysetools beleuchten kann.

Um die *erste* Forschungsfrage, »*was* die Praktiken und Regime im kulturellen Kontext des Nahostkonflikts charakterisieren«, rekonstruieren zu können, wird eine genealogische Betrachtung über die hegemoniale Verfasstheit des Diskurses über den Nahostkonflikt dargestellt. Die Datengrundlage bilden hierbei Primär- und Sekundärliteratur.

Die *zweite* Forschungsfrage, *wie und ob* sich partikulare Forderungen nach Rechten durch Antisemitismen hegemonialisieren, wird mit der Methode der Strategemanalyse (Nonhoff 2006, 2007 und 2008) analysiert. Das Konzept der Strategie wird von Nonhoff aus dem Theoriewerk Laclaus und Mouffes extrahiert, um die »methodische Lücke« (Marchart 2013b, 161) der Hegemoniethorie zu schließen. Demzufolge eignet sie sich auch für die Rekonstruktion des Versuchs der Durchsetzung von Hegemonie sozialer Bewegungen.

Durch die *dritte* Forschungsfrage soll die Frage nach dem *Warum* des Solidaritätsaktivismus nachvollzogen werden. Um die Benennung von phantasmatischen

Logiken methodisch kontrolliert aus den empirischen Daten herauskristallisieren zu können, werden in Anlehnung an Glynos und Howarth (2007) narrative Muster rekonstruiert.

Insgesamt zeigt sich durch die forschungspraktische Entscheidung einer poststrukturalistischen Triangulation unterschiedlicher Methoden, wie divergierende Aspekte des problematisierten Phänomens ambivalenter Solidarität mit einem menschenrechtsorientierten Antisemitismus sichtbar gemacht werden können. Im nächsten Abschnitt stelle ich die konkrete Samplingstrategie sowie das Datenmaterial der untersuchten Fallstudie vor.

1.4.2 Samplingstrategie und Datenauswahl

Problemorientierte Forschung, die, ausgehend von einem empirischen Phänomen, theoretische Prämissen, Forschungsfragen und Analysestrategien im ständigen Oszillieren zwischen Theorie und Empirie bildet, kann auf eine empirische Fallanalyse nicht verzichten. Demzufolge wird im *zweiten Teil* dieser Arbeit eine qualitative Fallstudie über die Diskursproduktion *dreier* zentraler Netzwerke der transnationalen Palästinasolidaritätsbewegung – der Boykott-, Desinvestitionen und Sanktionen-Kampagne gegen Israel (BDS), der palästinensischen Kampagne für den akademischen und kulturellen Boykott (PACBI) sowie der Grassroots Palestinian Anti-Apartheid Wall Campaign (Stop the Wall) – durchgeführt, die als paradigmatischer Fall für den Gesamtdiskurs der TPSB gelten kann. Entsprechend muss eine Samplingstrategie gewählt werden, die die Anschlussfähigkeit¹⁹ der Ergebnisse erlaubt. Aus *dreierlei* Gründen repräsentieren die drei Netzwerke den gesamten Fall der insgesamt 171 Gruppierungen des transnationalen Palästinasolidaritätsnetzwerks.

Erstens korrelieren sie hinsichtlich einer kollektiv geteilten Forderungsstruktur nach dreifachen Rechten für das palästinensische ›Volk‹ sowie der spezifischen Deutung des Nahostkonflikts. Diese Lesart wird durch ihre gemeinsame Unterschrift des BDS-Calls von 2005 sichtbar. Auf den Seiten 145 bis 147 ist die kollektiv geteilte Ideologie der Bewegung als Samplingstrategie abgebildet.

Zweitens stehen sie als paradigmatische Fälle für die ganze Klasse des Pro-Palästina-Aktivismus, weil sie sowohl eines der ersten (Stop the Wall, PACBI) als auch eines der größten (BDS-)Netzwerke des palästinensischen Graswurzelaktivismus (Non-violent-grassroot activism) darstellen, die einen *rechtebasierten* Protestansatz verfolgen (Bröning 2011; Schmidt 2012; Ananth 2013; Carter Hallward 2013).

19 In dieser Arbeit wird der Begriff der Anschlussfähigkeit oder Generalisierung nicht in einem positivistischen Sinne verwendet. Hierzu siehe Kapitel 4.2.

Drittens werden sie als kritische Fallbeispiele (Flyvbjerg 2006) gesammelt. Kritische Fallbeispiele stärken oder schwächen eine Hypothese im Sinne eines »most-likely cases«. Die drei Solidaritätsnetzwerke wurden sowohl medial als auch im akademischen Diskurs mit der Reproduktion antisemitischer Grenzziehungsprozesse in Verbindung gebracht. Demzufolge wurden sie als »most-likely case« ausgesucht, der die Hypothese zugrunde liegt: Wenn die These, dass sich im Umfeld des BDS-Aktivismus menschenrechtsorientierte Antisemitismen in den Diskurs integrieren, in diesen drei gewählten Fällen, bei denen alles dafürspricht, nicht zutrifft, wird die These wohl nirgendwo gelten.

Das konkrete Datenmaterial bilden dabei die Internetpräsenzen der Bewegung. Aus forschungsstrategischen Überlegungen wurden als Zugang zu den Diskursbeiträgen der TPSB deren Internetauftritte gewählt. Dieser Textauswahl lag die Beobachtung zugrunde, dass das Internet und damit affilierte Kommunikationskanäle eine Art materialer Infrastruktur für den transnationalen Aktivismus darstellen (della Porta 2009). Die Internetseiten der drei Netzwerke werden entsprechend den bereits erwähnten Methoden untersucht.

Insgesamt ergibt sich aus den einzelnen elaborierten Schritten des Forschungsprogramms die im Folgenden dargestellte Struktur der Studie.

1.5 Struktur der Studie

Die Studie gliedert sich in zwei Sinnabschnitte. Im *ersten Teil* dieser Arbeit (Kap. 2-4) werden die konzeptuellen Grundlagen der Studie gelegt. Ausgehend von den jeweiligen Forschungslücken ambivalenter Solidaritätsdiskurse, werden theoretische Ansätze und methodologische Überlegungen der Studie dargestellt. Im *zweiten Teil* der Arbeit (Kap. 5 und 6) sollen die *drei* Forschungsfragen mithilfe der entwickelten theoretischen Heuristik, ihrer methodologischen Übersetzung und methodischen Umsetzung beantwortet werden. Die qualitative Fallstudie ist dabei nicht als vergleichende Untersuchung unterschiedlicher Diskurse dreier Netzwerke des Palästinasolidaritätsaktivismus angelegt, sondern wird als paradigmatischer Ausdruck eines Gesamtdiskurses betrachtet.

Konkret gliedert sich das Buch in sechs Kapitel.

In *Kapitel 2* werden die dominanten Forschungsansätze, die sich dem Untersuchungsgegenstand »transnationale Bewegungen« nähern, vorgestellt. Über die Rekonstruktion der theoretischen Grenzen der sozialwissenschaftlichen Bewegungs-, (2.1.1) Menschenrechts- (2.1.2) und Antisemitismusforschung (2.1.3) für die Fragestellungen dieser Arbeit wird der Mehrwert eines dynamischen Theorieverständnisses von Gesellschaft, Subjekt, Macht *und* sozialer Bewegung abgeleitet.

Diese konzeptuelle Blickverschiebung auf soziale Bewegung (Leinius/Vey/Hagemann 2017) wird in *Kapitel 3* als theoretische Heuristik entwickelt. Die theore-

tische Heuristik wird dabei aus poststrukturalistischen Ansätzen der Sozialwissenschaft mit einem spezifischen Fokus auf die Hegemonie- und Diskurstheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes ebenso wie ihrer subjekttheoretischen Weiterentwicklung durch einzelne Autor/-innen der Essex School entfaltet. Ziel ist es, die politische Praxis sozialer Bewegungen als *Kampf um Hegemonie* darzustellen und damit die prozessualen Mechanismen der Herstellungs- und subjektiven Identifikationsmechanismen mit bestimmten Forderungen, Idealen und Leitbildern zu werfen, die selbst durch Widersprüche, Ambivalenzen und Kontradiktionen gekennzeichnet sind (3.1-3.5). Davon ausgehend, werden theoretische Zugänge der politik- und sozialwissenschaftlichen Menschenrechtsforschung (3.6.) ebenso wie soziologische Antisemitismuszugänge (3.7) poststrukturalistisch trianguliert (3.8), um den problematisierten Gegenstand in *Kapitel 5* angemessen untersuchen zu können.

Kapitel 4 leitet den methodologischen Erklärungsrahmen aus der entwickelten theoretischen Heuristik ab. Gegenstand des Kapitels wird die Reflexion poststrukturalistischer Methodologien und ihrer konkreten Forschungspraxis sein. Das zentrale Ziel des Kapitels ist es, dem vielfach kritisierten methodologischen Transparenzdefizit interpretativer Sozialforschung durch die Offenlegung der eigenen Forschungspraxis sowie der Elaboration von *Plausibilität* als Gütekriterien qualitativer Sozialforschung zu begegnen (4.1). *En passant* rekonstruiert das Kapitel auch die gewählten diskursanalytischen Methoden dieser Arbeit, ebenso wie das zugrunde liegende Datenmaterial und Auswertungsverfahren (4.2-4.3).

Kapitel 5 stellt die Ergebnisse der Auswertung des theoretischen und empirischen Materials in 3 Unterkapiteln dar. Dabei wird die *erste Forschungsfrage* durch die Rekonstruktion von Primär- und Sekundärliteratur der hegemonialen Logik des Diskurses über den Nahostkonflikt beantwortet. Gleichzeitig liefert das Kapitel den soziohistorischen Kontext, der von den zivilgesellschaftlichen Akteuren des transnationalen Palästinasolidaritätsaktivismus durch die Etablierung einer »neuen« Hegemonie angegriffen wird (5.1-5.2). Von dieser Kontextualisierung des Diskurses über den Nahostkonflikt ausgehend, zeigen die nächsten beiden Abschnitte, *wie* diese neue Hegemonie auf der empirischen Ebene des palästinasolidarischen Diskurses etabliert wird. Durch die diskursanalytische Betrachtung des hegemonialen Diskurses der TPSB mit der Methode der Strategemanalyse (Nonhoff 2006 und 2007) wird die zweite Forschungsfrage danach beantwortet, *wie*, d.h. durch welche politische Logik, sich die partikularen Forderungen nach Rechten der Palästinenser/-innen hegemonialisieren und welche Stellung Antisemitismen dabei einnehmen. Einen Schwerpunkt bildet dabei der Vergleich zu der israelischen Perspektive (5.3-5.4). Zuletzt wird die *dritte Forschungsfrage* – *welche* affektiv-ideologische Anziehungskraft Antisemitismen und Menschenrechtsnarrative für die Transnationalisierung partikularer Proteste einnehmen können – mithilfe der Analyse phantasmatischer Logiken (Glynos/Howarth 2007) auf der empirischen Ebene des

Diskurses beantwortet. Es geht dabei um die Rekonstruktion der Frage nach dem »*Warum*« der Solidarisierung mit dem palästinensischen Rehtediskurs (5.5-5.6). *Kapitel 6* leistet eine theoriegeleitete Interpretation der Ergebnisse, die anhand der Forschungsfragen geführt wird (6.1). Darüber hinaus zeigt sie theoretische Implikationen für daran anschließende Forschungspraktiken auf (6.2) und diskutiert den politischen Umgang mit BDS auf der Ebene der politischen Praxis (6.3).